

Silvia Angelo, Abteilung Wirtschaftspolitik - AK Wien

Problemsichten – ArbeitnehmerInnen versus Arbeitgeber

Symposium Forschungsplattform „Europäische Integrationsforschung“

Impulsreferat am 3. Dezember 2012

Einleitend möchte ich in guter österreichischer Tradition etwas feststellen: Auch wenn ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen eine unterschiedliche Auffassung über die Prioritäten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eines Landes haben, gelingt es in Österreich nach wie vor erstaunlich gut, diese Unterschiede konstruktiv und ökonomisch sinnvoll zu bewältigen.

Es liegt mir aber fern, die Sozialpartnerschaft in Österreich zu verkitschen und auf eine Stufe mit den Lippizanern oder den Mozartkugeln zu stellen. Denn natürlich gibt es Interessengegensätze. Was aber unverkitschte Realität ist: Die Gegenmaßnahmen in der Krise haben funktioniert, die österreichische Sozialpartnerschaft mag nicht besonders „fancy“, „hip“ oder „cool“ sein, sie ist aber gnadenlos pragmatisch, wenn es – auf Österreichisch – „ans Eingemachte“ geht. Beispielhaft seien erwähnt: Kurzarbeit, Konjunkturpaket I und II.

Die Akutlösung hat also funktioniert; unterschiedliche Auffassungen gibt es bei der Analyse und den langfristigen Perspektiven. Bei den Fragen, was genau die Krisenursachen sind und welche Krisenlösungen sich daraus ergeben.

Aus ArbeitnehmerInnensicht handelt es sich bei der derzeitigen Entwicklung immer noch um die Folgen einer Finanzkrise, die zur Schuldenkrise wurde – eben weil der Staat das gemacht hat, was er tun musste: Eingreifen, wenn der Markt versagt. Das Eingreifen selbst wird – und das ist eben Teil der konstruktiven Lösungstradition in Österreich – übrigens nicht in Frage gestellt. Wie die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der Eurozone insgesamt bis 2008 zeigt, war mangelnde Haushaltsdisziplin nicht die Krisenursache. In fast allen Ländern ergab sich der Anstieg von Defiziten bzw. Schuldenständen erst durch den massiven Einsatz von öffentlichen Mitteln zur Rettung des Finanzsystems sowie zur Stützung von Nachfrage und Arbeitsmarkt. Hier gibt es Divergenzen in der Wahrnehmung; so hält die WKÖ an einer raschen Rückführung der Schuldenstände der europäischen Länder fest oder schreibt in ihren Publikationen: „Einige Staaten haben jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt“.

Das hat natürlich Auswirkungen auf die Lösungsansätze: Während die ArbeitnehmerInnenseite hier ganz klar auf die negativen wirtschaftlichen Folgen eines synchronen, massiven Sparens verweist, ist dies nicht im Fokus der Wirtschaftsseite. Simultane Budgetkonsolidierung in allen Ländern hat aber massive negative Auswirkungen auf das BIP. Wenn sich dann auch noch gleichzeitig alle Wirtschaftssektoren entschulden wollen, dann ist das für die Staaten ohnedies eine Herkulesaufgabe. Studien des IWF zeigen, dass eine Haushaltskonsolidierung im Ausmaß von 1% des BIP zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,5% führt – und zwar im besten Fall (begleitend Zinssenkungen, Wechselkursabwertungen etc.).

Gerade weil der Ausgangspunkt aber eine Finanzmarktkrise war, ist umso wichtiger, auf die Ursachen derselben zu schauen. Wir haben die Gründe für die Krise mit den 3 Us identifiziert, die als systemische Faktoren miteinander wirken:

- Unregulierte Finanzmärkte,
- Ungleichverteilung bei den Einkommen und Vermögen,
- Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen.

Und hier gibt es sicher die größten Differenzen in der Wahrnehmung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnenseite:

Am meisten Einigkeit besteht sicher noch in der Frage der unregulierten Finanzmärkte. Diese werden – in Österreich zumindest – sehr wohl noch als Krisenursache identifiziert (wenn dann auch die politischen Schlüsse im Detail wieder die Differenzen zeigen).

Weit größere Uneinigkeit gibt es allerdings in der Perzeption von Einkommensungleichheiten und Leistungsbilanzungleichgewichten. Gerade der letzte Punkt war für die ArbeitgeberInnenseite in der positiven Interpretation des „Exportweltmeisters“ immer auch eine Stärke Österreichs. Die Frage ist nur, wie teuer ich mir diese Stärke, gemeinhin mit Wettbewerbsfähigkeit bezeichnet, erkaufe? Bei alleiniger Fokussierung auf Lohnkosten, wird der höhere Export mit weniger inländischer Kaufkraft „erkauft“.

Die Exporte eines Landes sind aber immer auch die Importe eines anderen Landes. Folglich kann ein Abbau nicht nur über eine Reduktion in den Leistungsbilanz-Defizitländern erfolgen, sondern die Überschussländer sind ebenso gefordert, über eine Stärkung ihrer Binnennachfrage die Importe zu stimulieren. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Stärkung der Investitionen und eine gleichere Einkommensverteilung sowie die Stärkung der Massenkaufkraft. Um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu erhöhen: Realloohnerhöhungen, die dem Produktivitätsspielraum entsprechen.

Wo stehen wir heute und was kommt auf uns zu? Europa ist der Problemfall in der Weltwirtschaft. In diesem Jahr wird das BIP um ca. 0,3% schrumpfen, im nächsten Jahr ist bestenfalls mit einer Stagnation zu rechnen. 6 Länder haben ein negatives Wachstum: Griechenland, Spanien, Zypern, Portugal, Slowenien, Italien. Gleichzeitig ist der Euro-Raum auf einem Spitzenplatz bei der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den jungen Menschen.

Europa sucht angesichts der **Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung** und des **Umstandes, dass die Geldpolitik** ihre Möglichkeiten, die Wirtschaft zu stimulieren, weitgehend ausgeschöpft hat, nach Auswegen aus der Krise. Von IWF aber auch der Kommission und vielen Ländern wird nun auf die klassischen angebotsseitigen Reformen (Deregulierung, Privatisierung, etc.) zurückgegriffen. Dazu ist aus ArbeitnehmerInnensicht folgendes zu sagen: Fehldiagnosen von Krisenursachen sind überaus gefährlich, weil sie dazu verleiten, falsche Rezepte gegen die Krise anzuwenden. Das Problem ist, dass der Spielraum für alternative Wege aus der Krise gering ist. Allerdings – und hier finden sich die österreichischen Sozialpartner wieder in der gemeinsamen Lösung – ist Wachstum der zentrale Ansatz, um aus der Krise zu kommen.